20.08.90

Sachgebiet 111

Änderungsantrag

des Abgeordneten Wüppesahl

zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksachen 11/7624, 11/7652 (neu), 11/7653 —

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

Der Bundestag wolle beschließen:

Artikel 3 Nr. 5 wird wie folgt geändert:

Vor dem Punkt wird folgender neuer Halbsatz angefügt:

"oder – sofern sich dieses Gesetz nachteilig auf Bewerber aus den in Satz 1 genannten Ländern auswirken würde – ein entsprechendes Gesetz der Deutschen Demokratischen Republik in der jeweils gültigen Fassung."

Bonn, den 20. August 1990

Wüppesahl

Begründung

Bewerber aus dem Gebiet der DDR sollen nicht durch Anwendung des § 2 Abs. 1 des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland benachteiligt werden.

